

Westfalenblatt vom 16.10.2013, S. 2

Experten lehnen Kommunal-Soli ab

Einhellige Kritik bei Anhörung im Landtag

Von Bernd Bexte

Düsseldorf (WB). Der umstrittene Kommunal-Soli, mit dem in NRW finanzstärkere Kommunen pleitebedrohte Städte unterstützen sollen, ist bei einer Expertenanhörung durchgefallen.

Keiner der elf geladenen Fachleute sprach sich gestern im Landtag für die Einführung dieser Solidari-

tätsumlage aus. Nach den Plänen der rot-grünen Landesregierung sollen 59 finanzstarke Kommunen vom kommenden Jahr an einen Solidaritätsbeitrag für ärmere Kommunen leisten. Das war auf Kritik bei den Zahlern und der Landtagsopposition gestoßen.

In OWL wären 13 Kommunen betroffen, davon neun im Kreis Gütersloh. Sie müssten nach den bisherigen Planungen im nächsten Jahr insgesamt etwa 26 Millionen Euro für die Unter-

stützung notleidender Städte zahlen, vor allem im Ruhrgebiet. Am härtesten würde es Verl treffen. Die schuldenfreie Kleinstadt müsste 7,7 Millionen Euro aufbringen. Drei Städte in OWL würden profitieren: Minden, Porta Westfalica und Löhne.

»Die Zwangsabgabe ist finanzwissenschaftlicher Unsinn und eine verfassungsrechtliche Geisterfahrt«, sagt Kai Abrusztat (Porta Westfalica), kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. 17 Zahlerkommunen befänden sich selbst in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt. »Das Expertenurteil ist vernichtend. Die Landesregierung muss den Gesetzentwurf zurückziehen«, fordert auch der kommunalpolitische Sprecher der CDU im Landtag, André Kuper (Rietberg).

Der geplante Soli ist Teil des 2011 gestarteten Landesprogramms »Stärkungspakt Stadtfinanzen«, an dem das Land mit 3,5 Milliarden Euro den Löwenanteil trägt. Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte den Solidaritätsbeitrag als alternativlos verteidigt. Die Leistungskraft des Landes sei erschöpft.

Seite 4: Kommentar

Westfälische Nachrichten vom 16.10.2013, S. 1

„Das Geld ist weg und hat nichts bewirkt“

hir- DÜSSELDORF. Mit ihren Plänen für eine von steuerstarken Kommunen finanzierten Solidarumlage zugunsten überschuldeter Städte stößt die Landesregierung bei Experten und Betroffenen auf Kritik und Ablehnung. Mehrere Bürgermeister der 59 ausgewählten Zahler-Gemeinden warnen davor, dass viele Kommunen durch die vom Land verlangte Abgabe von fast 182 Millionen Euro jährlich künftig selbst in eine Schuldenspirale getrieben würden. Sie bezweifelten, dass ein Solidarbeitrag den Stärkungspakt-Städten helfe. »Das ist, als wollte man mit einem Zehn-Liter-Eimer Wasser ein lichterloh brennendes Zimmer löschen – das verdampft«, illustrierte der Pleitenberger SPD-Bürgermeister Klaus Müller die Kritik am rot-grünen Gesetzentwurf. »Das Geld ist weg und hat nichts bewirkt.«

| Im Westen

Das sollen OWL-Kommunen zahlen

Stadt/Gemeinde	Geplante Solidaritätsumlage 2014 in Euro
Blomberg	18 600
Espekamp	1 813 421
Halle	5 199 927
Harsewinkel	3 339 008
Herzebrock-Clarholz	1 546 561
Kirchlengern	138 526
Langenberg	200 329
Rheda-Wiedenbrück	1 118 808
Rietberg	491 892
Rödinghausen	1 362 419
Schloß Holte-Stukenbrock	1 163 075
Steinhagen	1 766 116
Verl	7 711 185

Westfalenblatt vom 16.10.2013, S. 3

Falsche Solidarität

Wer gut haushaltet, wird bestraft, wer das Geld zum Fenster rauswirft, darf sich freuen – denn die anderen müssen ihm ja helfen. Nach dieser, zugegeben provokativ vereinfachten Formel funktioniert der von der Landesregierung in Düsseldorf geplante Kommunal-Soli. Das ist falsch verstandene Solidarität.

Sicherlich sind die Finanzprobleme der Städte im Ruhrgebiet nicht sämtlich hausgemacht. Sozial- und Wirtschaftsstruktur sind halt andere als im ländlichen Hochstift oder am beschaulichen Teutoburger Wald. Wenn aber selbst der frühere SPD-Finanzminister von Rheinland-Pfalz,

Ingolf Deubel, in der Anhörung im Landtag bemängelt, beim Kommunal-Soli werde nicht ausreichend dafür gesorgt, dass die Empfängerkommunen ihre Ausgaben einschränken, dann sollte das der Regierung Kraft zu denken geben. Denn die Finanzprobleme von Essen oder Gelsenkirchen, so Deubel, beruhten weniger auf höheren Sozialausgaben und Zinszahlungen als vor allem auf massiven Mehrausgaben in anderen Bereichen.

Was fehlt, ist auch ein Aufbau West. Den soll es aber erst ab 2019 mit Auslaufen des Solidarpakts Ost geben. Zu spät. Bernd Bexte